

Das Drama in <u>Afghanistan</u> geht weiter. Ortskräfte, die für deutsche Stiftungen oder die EU-Kommission gearbeitet haben, fürchten um ihr Leben, weil sie nicht aus Afghanistan rauskommen. **Axel Kühne**, der 2004 als Techniker in Afghanistan war und mit dem Land und seinen Menschen weiterhin verbunden ist, hat sich mit einer privat organisierten, internationalen Gruppe von Personen, die in Afghanistan tätig waren, zusammengeschlossen, die gut vernetzt auf privater Basis versucht, Ortskräfte aus dem Land zu holen. Im NachDenkSeiten-Interview kritisiert er die Bundesregierung scharf. Von **Marcus Klöckner**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/210901_Evakuierung_in_Afghanistan_Die_R egierung_beluegt_die_Oeffentlichkeit_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Herr Kühne, Sie waren selbst in <u>Afghanistan</u>, sind nach wie vor mit Menschen verbunden, die dort leben. Wie sehen Sie das Agieren der Bundesregierung und deutscher Behörden im Hinblick auf die Evakuierungsmaßnahmen?

Evakuierungsmaßnahmen? Welche Evakuierungsmaßnahmen? Entgegen allen vollmundigen Beteuerungen einer emotionslosen Kanzlerin gibt es keine Evakuierung von Ortskräften und das nicht aus Mangel an Gelegenheiten.

Was läuft falsch? Was ist Ihre Kritik?

Es werden Menschen mit gültigen Einreisepapieren nur aufgrund der Tatsache, dass sie afghanische Staatsbürger sind, nicht evakuiert. Flugzeuge flogen aus Kabul mit 90 Prozent freien Kapazitäten quasi leer in Richtung Deutschland, während vor den Toren des Flughafens und teils sogar im Flughafengebäude Väter und Mütter mit ihren Kindern saßen und wussten, was sie in Afghanistan in der nächsten Zeit erwarten wird.

Während Politiker unsere Öffentlichkeit belügen und von umfänglichen Evakuierungsmaßnahmen mit humanistischem Antlitz berichten, erhält jeder Hilfesuchende von deutschen Behörden die Antwort, sich an eine vollkommen überlastete Hotline im Auswärtigen Amt zu wenden, um dann zu erfahren, dass nur deutsche Staatsbürger ausgeflogen werden[*]. Die Realität bestätigt das. All das könnte, wenn auch nicht



akzeptabel, aber wenigstens verständlich sein, wenn es so kommuniziert würde. Aber trotz freier Kapazitäten und bewiesener Lebensgefahr für viele Familien stellen die Verantwortlichen quasi durch ihr Nichthandeln uns allen als deutsche Staatsbürger ein Armutszeugnis aus.

Wie erklären Sie sich diese Probleme?

Das Ergebnis des Hochgeschwindigkeitstruppenabzugs haben wir in den Medien sehr eindrucksvoll per Live-Bild erleben müssen. Ich will <u>die politischen Hintergründe</u> der Entscheidung zum Abzug aus Mangel an detaillierten Informationen nicht tiefer bewerten. Was ich aber bewerten kann, ist die Diskrepanz zwischen den Aussagen: "Wir werden alles unternehmen, um Ortskräfte zu schützen" und dem tatsächlichen Handeln der deutschen Behörden und der deutschen Regierung.

Läuft denn die Evakuierung der Amerikaner besser?

Absolut. Es gibt Hotlines, viele aufgrund privater Initiativen. Bei Eintragung in Evakuierungslisten gibt es Bearbeitungsmitteilungen, Fristen werden eingehalten und Dringlichkeiten wird Rechnung getragen. Also, ja. Die eingebundenen Kräfte und Dienste und privaten Initiativen arbeiten sehr effizient. Dennoch bleiben auch dort zu viele Menschen, die vieles geleistet haben, zurück.

Das mag aber auch damit zu tun haben, dass das US-Militär früh genug Bescheid wusste.

Es mag sein, dass die US-Kräfte vom Abzug nicht ganz so überrascht waren wie der Rest der Welt. Die Erfüllung humanistischer Minimalstandards gehört aber nicht nur in den US-Streitkräften zum Auftrag. Die Amerikaner sind aber neben den georgischen Verantwortlichen die Einzigen, die mir bekannt sind, die diese Standards erfüllen.

Nochmal zu den Verantwortlichen auf deutscher Seite: Es war doch abzusehen, dass es Probleme geben würde, oder?

Ja, die Entwicklung und die sich daraus ergebenden Probleme waren für jede halbwegs informierte und interessierte Person vorhersehbar.

Diese "Überforderung" der Behörden zeichnet ein peinliches, aber konsistentes Bild deutschen Regierungshandelns. Oder präziser: ausbleibenden Handelns. Es ist quasi nicht existent. Ob in inländischen oder ausländischen Krisensituationen. Seit nunmehr mindestens 16 Jahren.



Würden Sie uns kurz etwas über Ihre persönlichen Hintergründe schildern? Sie waren in Afghanistan. Wie lange? Warum? Und: Was haben Sie dort gemacht?

Ich war zu den Präsidentenwahlen 2004 für die Errichtung und den Betrieb des internationalen Pressezentrums in Kabul zuständig. Im Rahmen dieser Arbeit habe ich sehr vertrauensvoll mit Sicherheitsbehörden auf afghanischer und amerikanischer Seite zusammengearbeitet. Ich habe dieses Volk kennen und lieben gelernt. Den Mut und die Zähigkeit. Die Herzlichkeit und den ungebrochenen Willen zur Freiheit. Ich habe Menschen in den Bergen barfüßig in Sandalen stundenlang vor Wahllokalen in frisch gefallenem Schnee gesehen. In Dreierreihen. Trotz der Drohungen und Bombenangriffe der Taliban.

Sie sind aber jetzt noch weiter mit dem Land und dem Thema verbunden. Sie agieren in einer Gruppe aus "Ehemaligen". Was ist das für eine Gruppe?

Wir sind ein privates, internationales Netzwerk, wie es so viele andere gibt, die wichtige Arbeit für die Menschen in Afghanistan leisten, um so viele Menschen wie möglich zu retten und zu beschützen. Wir sammeln Informationen, die lebenswichtig für zurückgelassene Personen vor Ort sind, um sich Optionen und Wege zu ebnen, das Land sicher verlassen zu können. Wir stellen Kontakte zu Behörden her und kontaktieren ausländische Regierungen und nutzen unsere Beziehungen und die Hilfsbereitschaft von Menschen, die das Behördenversagen als Angestellte eben dieser Behörden irgendwie wiedergutmachen wollen. Selbst Fußballvereine mit Kontakten zu ehemaligen Spielern, die in diversen Ländern heute einflussreiche Posten innehaben, leisten hier einen Beitrag. In Berlin ist das vielleicht leichter als anderswo. Wir kennen uns und haben uns achten und vertrauen gelernt. Wir teilen Informationen und Ressourcen.

Und nun setzen Sie und die Gruppe sich für einen anscheinend besonders schweren Fall ein. Worum geht es?

Wir setzen uns für hunderte Fälle ein, versuchen aber aus Gründen der Effizienz Hilfeersuchen immer auf Einzelfälle zu beschränken, um es für Hilfeleistende überschaubarer und erträglicher zu gestalten. Die emotionale Belastung ist enorm, wenn klar wird, dass hinter den Daten Bilder und hinter den Bildern in Pässen und Dokumenten Menschen stehen.

Wir bekamen Kontakt über eine enge Beziehung zur Friedensbewegung in Deutschland mit der Bitte um Unterstützung für einen Familienvater von vier Kindern und einem Baby, der verantwortungsvoll und sehr erfolgreich für deutsche Stiftungen, die EU-Kommission und für Organisationen der UNO gearbeitet hat. Er hat gegen Korruption ermittelt, viele



Kriminelle hinter Gitter gebracht, die Hilfsgelder und Ressourcen veruntreut hatten. Mit der erteilten Generalamnestie in Afghanistan sind sein Leben und die Sicherheit seiner Töchter und seines Sohnes nicht nur durch die Taliban bedroht.

Wo liegt nun das Problem? Warum kommen diese Person und seine Familie nicht aus Afghanistan raus?

Diese Person wird auf der Straße leicht erkannt und kann sich wie viele andere selbstredend nicht frei und unerkannt auf der Straße bewegen. Nach den Jahren der Arbeit für internationale Organisationen ist er zur Zielscheibe nicht nur für die Taliban geworden, sondern auch zu der vieler freigelassener Krimineller.

Der einzige Weg in die Sicherheit führt über einen Flughafen, der ohne Unterstützung militärischer Kräfte weder zu betreten noch per Flugzeug zu verlassen ist. Die einzige Hoffnung liegt nun in der Kooperationsbereitschaft amerikanischer Services. Deutsche Behörden sind weder willig noch in der Lage zu handeln.

Was haben Sie bisher gemacht? Und: Wie reagieren die deutschen Behörden?

Diese Person und seine Familie haben trotz sämtlicher offizieller Reisedokumente und Visa für sichere Drittländer, trotz durchlaufender Sicherheitschecks keine Bedeutung für diese christlich-demokratische/sozialdemokratische Regierung. Das erfahren derzeit tausende Familien in Afghanistan, die sich mit ihrer Arbeit für deutsche Behörden und Organisationen sehr weit aus dem Fenster gelehnt haben.

Das Verteidigungsministerium verweist auf das Auswärtige Amt, dieses gibt resignierend bekannt, dass außer der Aufnahme in eine Liste nichts getan werden kann, es noch nicht einmal die Berechtigung hat, die Bestätigung der Registration auszustellen und verweist dann zurück an das Verteidigungsministerium, und so weiter und so fort.

Deutsche Stiftungen, für die diese Person tätig war, geben E-Mail-Adressen bekannt, um Informationen zu Fällen zu erhalten. Danach versiegt die Kommunikation. Die Unmöglichkeit, die Unfähigkeit zu helfen scheint unser Kompass zu sein.

Aber es gibt eben auch aktive Menschen, die bei Unrecht und Elend handeln und zu helfen versuchen. Denen gilt mein persönlicher Dank. Ob in einer Flut oder einer anderen Krise. Ich hoffe, dass es diese Leute sind, die in Zukunft das lädierte Ansehen Deutschlands in der Welt prägen.

Titelbild: DesignRage/shutterstock.com



Artikel auf den NachDenkSeiten zum Versagen der Bundesregierung bei der Evakuierung der afghanischen Ortskräfte

Albrecht Müller – <u>Afghanistan. 20 Jahre Krieg.</u> "Für die Katz" und weit über 100.000 Opfer

Albrecht Müller - <u>Versager auf der ganzen Linie - das ist unsere Regierung beim Problem Afghanistan</u>

Albrecht Müller - <u>Rücktritte würden am besten passen, meint selbst das</u> Handelsblatt

[«*] Anmerkung der Redaktion: Das Interview wurde am Wochenende geführt. Laut Medienberichten sind mittlerweile 138 Ortskräfte aus Afghanistan ausgeflogen – von Zehntausenden, die noch immer im Land sind.

